

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	59. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	18. März 2014, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

10.

**Punkt 9 der Tagesordnung: Gesetzgebung zur Einführung von Ganztagsgrundschulen  
Vorlage 2014/0425**

**Beschluss:**

Der Gemeinderat nimmt nach Vorberatung im Schulbeirat die Entwicklung zur geplanten Verankerung der Ganztagsgrundschulen zum Schuljahr 2014/2015 in das Schulgesetz und die Auswirkungen auf die bestehenden Angebotsstrukturen zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig zugestimmt

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 9 zur Behandlung auf.

**Bürgermeister Lenz:** Was die Kleinkindbetreuung für uns in den zurückliegenden Jahren als Herausforderung darstellte, stellt aktuell selbstverständlich die Schulkindbetreuung in logischer Folge dar. Ganz wichtig ist die jetzt anstehende Einführung in das Schulgesetz, was den Ganztagsangelegenheiten anbelangt.

Vielleicht nur wenige Punkte, wir haben es Ihnen in der Vorlage ausführlich dargestellt:

Wichtig ist zum einen, dass wir nun mit viel mehr Lehrerdeputaten rechnen dürfen. Das ist nicht nur quantitativ für uns wichtig. Denn uns geht es - wie in anderen Städten auch - als Kommune darum, die ganze Schulkindbetreuung auch qualitativ zu entwickeln. Da macht die Anzahl der Lehrerdeputate das Grundsätzliche aus.

Des Weiteren - endlich, möchte ich sagen - wird das Thema Sozialer Brennpunkt entkoppelt. Neu ist natürlich auch, dass bei entsprechendem Bedarf nunmehr komplett auf eine Ganztagschule umgestellt werden kann und der Halbtageszug, der Parallelbetrieb, nicht mehr Voraussetzung ist. Aber ich betone: kann. Es ist kein Muss.

Das dritte Wichtige, das ist uns hier in Karlsruhe besonders wichtig. Ich erinnere an unsere Pionierleistung, an das Programm Kooperation von Schule und Verein, für das wir im letzten Haushalt die Mittel um 50 % erhöht haben. Dort haben wir schon genau

diesen Weg gebahnt, nämlich dass außerschulische Partner verstärkt in der Schule mitwirken, sei es der Sport, sei es unser Badisches Konservatorium, sei es der Stadtjugendausschuss, seien es die dort auch angeschlossenen Jugendverbände. Bestehende Ganztageschulen - ganz klar - haben Bestandsschutz, sollten aber in einem überschaubaren Zeitraum - so das Ministerium - auf die neue Rechtsgrundlage umgestellt werden. Hierzu müssen die Schulen dann nochmals pädagogische Konzepte erarbeiten, die Gremienbeschlüsse herbeigeführt und die Stadt als Schulträger natürlich entsprechend den Antrag mitstellen. Deshalb werden wir bereits im nächsten Gemeinderat am 8. April einen solchen Beschluss fassen. Dabei würde ich es jetzt bewenden lassen.

**Stadtrat Krug (CDU):** Zwei ganz kurze Anmerkungen. Wir stimmen natürlich auch zu. Aber uns ist es sehr wichtig, dass der Grundsatz "Kurze Beine, kurze Wege" ebenso gewahrt bleibt, z. B. im Norden Neureuts, wie der Grundsatz, dass da - und da liegt der Charme, den wir als Großstadt ganz anderes als auf dem flachen Land haben -, wo der Bedarf an Halbtagsgrundschulen da ist - der ist in so einer Stadt wie Karlsruhe da und kann dann auch bei dem großen Angebot an Grundschulen flächendeckend befriedigt werden - dieses Angebot gewahrt wird. Wir werden als CDU-Fraktion ein besonderes Augenmerk darauf haben, wobei ich davon ausgehe, dass die anderen Fraktionen es genauso sehen.

Ich bin jetzt nicht Herr Dr. Heilgeist, aber in diesen Fällen sprechen die Finanzen natürlich eine klare Sprache. Wir haben bei der Schulsozialarbeit eine genuine Aufgabe - wenn man den pädagogischen Hintergrund berücksichtigt - des Landes. Das ist die Software und nicht die Hardware. Die Finanzierung ist ein Drittel. Ich mache überhaupt keinen Unterschied zwischen schwarz-gelb, grün-rot. Die Tendenz wird in allen Ländern die gleiche sein, Kosten auf die Kommunen abzuwälzen. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren. Es sind einige Kostenfaktoren, die auf uns zukommen. Ich rede jetzt für die Zukunft, nicht für den augenblicklichen Stand. Das möchte ich ausdrücklich hervorheben. Positiv ist, dass jetzt eine Kofinanzierung erfolgt. Wir haben die Kantinen, wir haben den Unterhalt der Kantinen, der Aus- und Umbau bestehender Grundschulen wird Geld kosten. Es soll auch der Standard der Horte bewahrt werden. Hier ist das Vertrauen, das wir in unser Schuldezernat setzen, sicher gerechtfertigt. All diese Punkte möchte ich noch einmal hervorheben, die an unserer prinzipiellen Zustimmung nichts ändern.

(Beifall bei der CDU)

**Stadtrat Cramer (KAL):** Bei diesem Wortbeitrag von Ihnen, Herr Kollege Krug, ist meine Fraktion sehr nah bei Ihnen. Wir sehen auch das Problem. Wenn ich mir jetzt in der Vorlage auf S. 3 den Punkt 10 betrachte, "Es ist nicht mehr erforderlich, dass auch ein Halbtagszug geführt werden muss. Betroffene Eltern können einen Schulbezirkswechsel beantragen, der regelmäßig durch die Schulverwaltung genehmigt wird." Wenn ich mir jetzt die Grundschule in der Südstadt anschau, die zur Ganztageschule werden soll, wo wir aber entsprechende Räume haben, so dass auch ein Halbtagesbesuch möglich ist, wünscht meine Fraktion, dass wir diese Möglichkeiten, wo es vom Raumangebot her möglich ist, auch weiter bestehen lassen, dass man den Eltern Wahlfreiheit gibt. Wir wissen aus der Erfahrung mit der Werkrealschule in der Südstadt, dass dort sehr unterschiedliche Bedürfnisse da sind. Einmal für eine Ganztageschule, aber auch für die freie

Entscheidung, sein Kind - gerade bei einer Grundschule muss man das noch mehr berücksichtigen - mittags nach Hause nehmen zu können. Da sollten wir noch einmal hineingehen.

Ein weiteres Stichwort: Was wir genauso sehen, Herr Krug, sind die Belange der Schülerhorte. Auch da muss man schauen, wo eine gute Zusammenarbeit jetzt schon besteht zwischen den Schulen und den Horten, dass man weiter daran arbeitet, dass es bestehen bleibt, vor allem auch die ganzen Anstrengungen, die der Stadtjugendausschuss in den letzten Jahren in einzelnen Stadtteilen geleistet hat, dass man das nicht einfach mit einem Federstrich vom Tisch wischt. Ich denke, da muss man hineingehen. Ich habe aber keine Sorge, dass das zuständige Dezernat und das Schul- und Sportamt in der Richtung agieren wird. Ich möchte es einfach heute noch einmal benennen, vor allem auch aufgrund des Wortbeitrags der CDU-Fraktion.

(Beifall bei der KAL)

**Stadträtin van Hoffs (GRÜNE):** Wir stimmen dieser Vorlage zu, zumal wir sie auch nur zustimmend zur Kenntnis nehmen. Es ist nichts, worüber wir entscheiden. Das einmal vorweg geschickt.

Dürften wir es entscheiden, würden wir es aber trotzdem genauso tun. Einfach aus dem Grund, dass die Weiterentwicklung der Ganztagschulen eine Konsequenz ist aus den Entwicklungen der letzten Jahre heraus. Eltern haben verstärkt immer wieder nach Plätzen in der Kleinkindbetreuung nachgefragt. Ganztagsplätze sind ein Wunsch. Auch dieser Verpflichtung sind wir nachgekommen in dieser Stadt. Wir haben in Karlsruhe in den letzten Jahren verstärkt Betreuungsplätze ausgebaut. Es ist natürlich immer schwierig für die Eltern, wenn ihr Kind in einer Einrichtung war, wo es den ganzen Tag betreut wurde. Dann kommt das Kind in die Schule und plötzlich ist das ganze Betreuungssystem dahin. Das hat vielen Eltern in der Vergangenheit massive Schwierigkeiten bereitet und hat im Übrigen dazu geführt, dass diejenigen Eltern, die keine Halbtagsgrundschule benötigen haben, einen Schulbezirkswechsel beantragen und auch schon damals mehr oder weniger lange Wege für Kind in Kauf nehmen mussten. Jetzt würde sich das unter Umständen ein bisschen umkehren. Wir sehen darin jetzt aber keine tatsächliche Problematik, weil sich die Gegebenheiten, die Ansprüche und Wünsche der Eltern auch geändert haben. Insofern geht es konform mit der gesellschaftlichen Entwicklung.

Was wir ganz besonders begrüßen, ist die Tatsache, dass nun auch Lehrerstunden eingesetzt werden können. Früher war es notwendig, dass wirklich die ganze Struktur auf einer Kooperation mit Ehrenamtlichen aufgebaut wurde. Das war ein mehr oder weniger fragiles Gebilde. Auch sehr zerfasert, mit ergänzender Betreuung, mit Nachmittagsbetreuung, die Eltern wussten nicht, wo melden sie ihr Kind an, was gehört wozu, was gehört zur Schule und was nicht, also sehr undurchschaubar und sehr schwierig. Wir begrüßen es sehr, dass das jetzt in dieser Struktur eine neue Ordnung findet und dann auch für alle deutlich transparenter und einfacher zu handhaben wird.

Mit den Horten sprechen Sie ein wahres Wort. Ich würde einmal sagen: Da trifft uns der Fluch der guten Tat. Früher waren die Horte die Schmuttelkinder. Wir haben das hier so gut gemanagt und hinbekommen und so tolle Leute, dass die Eltern die Horte ganz

toll finden und jetzt nicht mehr missen möchten. Ich denke, das ist eine sensible Aufgabe. Die wird unsere Verwaltung auch sensibel anpacken. Dann werden wir einmal sehen, wie es weitergeht. Aber insgesamt begrüßen wir das auf jeden Fall.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadträtin Melchien (SPD):** Auch wir nehmen Kenntnis, allerdings hocheifrig. Wir sehen es als ganz wichtigen Schritt, was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, aber auch die Chancengleichheit, den Kindern und Jugendlichen hier eine Ganztagsbetreuung oder Beschulung zu ermöglichen. Längst wäre eine gesetzliche Verankerung notwendig gewesen.

Ich habe mich auch noch einmal gemeldet, um auf die Frage des Halbtagszugs einzugehen. In Punkt 10 der Vorlage lautet der entsprechende Passus: Schulen können komplett auf den Ganztagsbetrieb umstellen. Bisher war es tatsächlich nicht unser Problem, dass wir Eltern hatten, die vor Ganztagszügen geflohen sind, sondern wir hatten einfach nicht mehr den Bedarf für Halbtagszüge, mussten ihn aber aufrecht erhalten, weil wir gesetzlich dazu verpflichtet sind. Jetzt sind wir nicht mehr verpflichtet, ein Angebot aufrechtzuerhalten, das niemand mehr in Anspruch nehmen will oder zumindest dann an Ort und Stelle nicht.

Ziel der Landesregierung ist es nicht, 100 % auf Ganztageschulen umzustellen. Die Landesregierung spricht von 70 % aller Grundschulen und 50 % aller Schüler als Zielmarke. Auch hier sollten wir die Relation in den Blick nehmen.

Sie haben die finanzielle Situation angesprochen, Herr Kollege, und gesagt, wir müssen uns gemeinsam wehren. Ich finde, an der Stelle sollten wir gemeinsam danken. Wir sind für die Ausstattung der Schulen zuständig. Das ist unsere Aufgabe. Das machen wir auch gerne. Hier werden wir finanziell ganz eindeutig besser gestellt.

(Beifall bei der SPD)

**Stadtrat Jooß (FDP):** Endlich ein Gesetz, damit man weiß, woran man ist. Es ist jetzt endlich ausgehandelt zwischen Kommunen und dem Land, wer was macht, wer für was zuständig ist. Ich denke, es ist höchste Eisenbahn.

Dass hier Lehrerstunden zur Verfügung gestellt werden, ist natürlich äußerst erfreulich. Da ist mit Sicherheit mehr Qualität vorhanden, als nur mit Betreuung oder Kooperationen. Das freut uns sehr. Leider habe ich im Schulbeirat erfahren, dass die Horte nicht entsprechend entlastet werden, weil uns die Horte finanziell auf der Tasche liegen. Wir müssen also weiterhin noch mit den Horten leben. Aber ich denke, die Ganztagschule ist qualitativ noch besser als unsere Horte bisher gut sind.

Wir haben hier im Gemeinderat einmal einen Antrag gestellt, dass auch in den Ferien die Schulen offen sind. Herr Frisch hat gesagt, natürlich haben einige Schulen auch schon in den Ferien offen. Das ist uns ganz wichtig, denn die Eltern haben nicht so lange Ferien wie Schulferien sind. Von daher ist es uns ganz wichtig, dass das auch weiterhin gewährleistet oder sogar ausgebaut wird.

Zum Thema, das Kollege Cramer schon angesprochen hat: Wenn es nur noch Ganztagsangebote gibt, ist uns ganz wichtig, wenn die Eltern das nicht wollen und ihre Kinder selber mit dem Mittagessen versorgen wollen, dass sie dann auf Antrag den Schulbezirk wechseln können, dass also kein Zwang besteht zur Ganztagschule und die Eltern wirklich frei sind zu wechseln. Das kommt uns natürlich sehr entgegen.

Ansonsten begrüßen wir, dass endlich ein Gesetz da ist.

(Beifall bei der FDP)

**Der Vorsitzende:** Ich habe noch drei Anmerkungen:

Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Jooß, dass Sie noch einmal darauf hingewiesen haben. Es geht nicht nur um eine bessere Ausstattung, sondern es geht darum, dass nach vielen Jahrzehnten der Begriff Ganztagschule im Schulgesetz überhaupt das erste Mal auftaucht. Es ist schade, dass das jetzt nicht gleich für alle Schularten ist, sondern erst einmal nur für die Grundschulen. Aber das ist natürlich erst einmal die erste große Hürde gewesen. Man hat sich bei der Lehrerbemessung etwa an dem orientiert, was Sie an der Ernst-Reuter-Schule als so genannter "Alterlass Ganztagschule" schon seit Jahren gewohnt sind. Man hat sich damit Gott sei Dank an einem pädagogischen Niveau orientiert, das man durchaus auch hätte niedriger einrichten können. Dann hätten wir aber wieder das Problem gehabt. Von daher ist das aus meiner Sicht eine sehr gute Lösung.

Zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Krug. Ich bin zwar auch Ihrer Meinung, dass die Schulsozialarbeit eigentlich Sache der Schule ist. Aber es gibt eine Rechtsprechung, die ganz klar sagt: Schulsozialarbeit ist Jugendsozialarbeit und fällt damit unter den Zuständigkeitsbereich des SGB VIII. Deswegen ist das Land nicht zuständig. Umso höher ist es anzurechnen, dass das Land uns hier ein Drittel der Kosten erstattet. Das ist nur über die Erhöhung der Grunderwerbssteuer möglich gewesen. Von daher sollte man auf diesen Zusammenhang noch einmal hinweisen.

Zum Punkt 10, der hier sehr kritisch angemerkt worden ist, möchte ich noch einmal daran erinnern - Frau Melchien hat es auch schon gesagt -, der Punkt 10 ist nicht so zu verstehen, dass wir jetzt Eltern zwingen müssen. Aber er gibt uns zum ersten Mal die Möglichkeit, auch reine Ganztagsgrundschulen einzurichten. Das ist an vielen Orten in diesem Land absolut sinnvoll. Denn es macht keinen Sinn, in jedem Ganztagsschulbereich dann aber trotzdem auch noch viele andere Alternativangebote vorzusehen. Vor allem da, wo man mehrere Grundschulen in unmittelbarer Nähe hat, ist es sinnvoll, diese Angebotsform auch entsprechend aufzuteilen.

Dann bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. Die Kenntnis können Sie kaum verweigern nach der Diskussion. Jetzt stimmen Sie dem auch noch zu.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -  
16. April 2014